



POLITISCHE FORDERUNGEN VON TRANSFAIR E.V.

Stand: Februar 2017



PRÄAMBEL

TransFair e.V. (Fairtrade Deutschland) hat seit seinem Bestehen politische Forderungen zu gegebenen Anlässen artikuliert, diese bislang aber nicht in einem kohärenten und verbindlichen Rahmen für die eigene Arbeit ausformuliert. Im Rahmen der Strategieprozesse in 2012 und 2015 wurde das Mandat für die politische Advocacy- und Lobbyarbeit im Fairtrade-System und für TransFair gestärkt. Auch die gestiegene Relevanz des fairen Handels und des internationalen Fairtrade-Systems verlangen nach deutlich artikulierten politischen Forderungen. Dennoch positionieren sich die Akteure des fairen Handels nur unzureichend. Kooperationen mit breiten zivilgesellschaftlichen Bewegungen finden kaum statt.¹

TransFair engagiert sich bereits in Multistakeholder-Foren wie dem Textilbündnis, dem Forum Nachhaltiger Kakao (German Initiative on Sustainable Cocoa, GISCO) und dem Aktionsbündnis für nachhaltige Bananen (ABNB) und möchte mit diesem Positionspapier einen Beitrag zur Abstimmung der politischen Forderungen im Fairhandelsbereich mit seinen Stakeholdern leisten.

Das vorliegende Papier ist keine Wiederholung der vorhandenen Forderungen seitens FTAO (Fairtrade Advocacy Office), VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen) oder Mitgliederpositionen zum fairen Handel oder Welthandelsstrukturen, sondern zeigt die speziell für TransFair relevanten Aspekte. Das Papier dient als Grundlage für die nationale und internationale Advocacy- und Lobbyarbeit und soll auf der operativen Ebene in die laufenden Arbeitsprozesse eingebracht werden. Es dient in erster Linie der Formalisierung des Rahmens, in dem sich die Advocacy-Arbeit von TransFair bewegt. Dadurch kann die Vereinsposition geklärt und Fairtrade besser in die Themen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingeordnet werden. Das Papier wird von den Mitgliedsorganisationen getragen und gibt damit einen Kooperationsrahmen für die gemeinsame politische Arbeit vor. Schließlich soll das Papier Anknüpfungspunkte und Schnittstellen für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen des fairen Handels sowie der Zivilgesellschaft definieren.

Durch die Verabschiedung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sieht sich TransFair in seinen politischen Forderungen bestätigt, da sich diese Forderungen in den SDGs widerspiegeln.

Auch sie beinhalten Verpflichtungen, um Armut abzubauen, Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten, existenzsichernde Löhne zu garantieren, Umwelt und biologische Vielfalt zu bewahren, Ernährungssicherheit zu gewährleisten, gleiche Rechte für Männer und Frauen, für Jungen und Mädchen zu gewähren und das Recht auf Bildung zu erreichen. Diese Zielsetzungen teilt TransFair.

Die globalen Lieferketten von Konsumgütern haben mit all diesen Herausforderungen direkt oder indirekt zu tun. Sie sind geprägt von Machtverhältnissen, die Ausbeutung und Umweltzerstörung fördern und Ungleichheiten verfestigen. Fairer Handel zeigt Alternativen zur bestehenden Handelspraxis auf und leistet durch seine Werkzeuge einen unmittelbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Menschen im globalen Süden.

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass das Engagement der Zivilgesellschaft, von Konsument*innen, einzelnen Unternehmen und Politiker*innen zwar viel bewirken kann, aber alleine nicht ausreicht,² um die dringend notwendige globale sozial-ökologische Transformation umzusetzen: Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Handel und Wirtschaft langfristig und wirksam an den nachhaltigen Entwicklungszielen auszurichten. Dafür müssen die Stimmen von Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen aus den Ländern des globalen Südens bei der Entwicklung nationaler Umsetzungspläne auf politischer und wirtschaftlicher Ebene gehört werden. Nur wenn ihre Interessen berücksichtigt werden und nur wenn es gelingt, das extreme Machtungleichgewicht innerhalb internationaler Wertschöpfungsketten zu beenden, hat z.B. das Ziel „Nachhaltige Produktions- und Konsummuster sicherstellen“ eine Chance verwirklicht zu werden – mit unmittelbaren Auswirkungen auf alle anderen Ziele.

Der satzungsgemäße Auftrag von TransFair ist es, der Stimme des Südens Gehör zu verschaffen. TransFair handelt als Mitglied von Fairtrade International e.V., dessen Entscheidungsstrukturen zu 50% durch Vertreter der Produzent*innen bestimmt werden. Der Verein sieht es auf dieser Grundlage als seine Verantwortung an, politische Forderungen in den aktuellen Diskurs zur Beseitigung von Armut und Herstellung globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einzubringen.

TransFair trägt durch seine Mitgliedschaften und Mitarbeit in Verbänden³ und Initiativen bereits aktiv politische Forderungen an Politik und Wirtschaft heran. Die erfolgreichen Kampagnen Fairtrade-Towns, -Schools und -Universities, die Faire Wo-

¹ Bähge, Sandra: Verändert der Faire Handel die Gesellschaft? Trend- und Wirkungsstudie im Auftrag von TransFair, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/ Engagement Global, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, MISEREOR, Forum Fairer Handel, mit finanzieller Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg. CEval, Centrum für Evaluation GmbH der Universität Saarbrücken 2016. Letzter Aufruf 17.01.2017.

² Bähge, Sandra: Verändert der Faire Handel die Gesellschaft? Hrsg. CEval, Centrum für Evaluation GmbH der Universität Saarbrücken. Letzter Aufruf 17.01.2017.

³ U.a. VENRO, Fairtrade Advocacy Office in Brüssel (via Fairtrade International), Textilbündnis der Bundesregierung, Forum Nachhaltiger Kakao, Aktionsbündnis für nachhaltige Bananen, Deutschen Kaffeeverband u.v.a.

che und weitere Aktivitäten richten sich mit konkreten Forderungen von der lokalen bis zur EU-Ebene ebenso an Politik, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft.

TransFair verfolgt einen dialog- und lösungsorientierten Ansatz, um den Handel fairer zu machen, Selbstbestimmung für kleinbäuerliche Produzent*innen und Arbeiter*innen zu erreichen und nachhaltige Lebensverhältnisse zu ermöglichen. TransFair richtet seine Forderungen an die politischen Mandats- und Entscheidungsträger verschiedener Ebenen.

KERNELEMENTE DER POLITISCHEN FORDERUNGEN VON TRANSFAIR

1. Kohärente, an Entwicklungszielen ausgerichtete Regierungspolitik

d.h. sicherzustellen, dass Wirtschafts-, Handels-, Agrar-, Umwelt- und Entwicklungspolitik aufeinander abgestimmt werden, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren. Nachhaltige Entwicklung muss das zentrale Leitbild der Bundesregierung und zur neuen, gemeinsamen Vision für die Zukunft auf nationaler und globaler Ebene werden.

2. Folgenabschätzungen

d.h. sicherzustellen, dass die absehbaren Auswirkungen von Handelsentscheidungen auf die ökonomisch schwächsten Menschen im Vorfeld analysiert und diesbezügliche Risiken gemindert werden.

3. SDGs im Sinne des globalen Südens (Pro-poor trade SDGs)

d.h. sicherzustellen, dass die SDGs im Sinne der „Armen“ umgesetzt werden, mit Indikatoren, die fairen und nachhaltigen Handel für die wirtschaftlich benachteiligten Gemeinden im globalen Süden fördern und sicherstellen, dass auch die Ärmsten erreicht werden können.

4. Konkrete Hilfe bei der Anpassung an den Klimawandel

d.h. sicherzustellen, dass insbesondere Kleinbäuer*innen und Arbeitnehmer*innen im globalen Süden, die negativ von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, materielle Hilfe, Information und Weiterbildung erhalten, damit ihre Resilienz gestärkt wird und sie sich den Veränderungen besser anpassen können.

5. Gerechtere EU-Handelspolitik

d.h. sicherzustellen, dass die Bundesregierung sich in der EU, als maßgebliche rahmensetzende Institution für Handelsregeln im Sinne der Globalen Nachhaltigkeitsziele einsetzt, so dass faire Entscheidungen für Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen in Entwicklungsländern getroffen werden.

KONKRETE FORDERUNGEN MIT BEZUG AUF DIE GLOBALEN NACHHALTIGKEITSZIELE/SDGS:

ARMUTSBEKÄMPFUNG (SDG 1)

Extreme soziale Ungleichheit und mangelnder Zugang zu Ressourcen (wie beispielsweise Bildung, Land oder Investitionskapital) ist ein Hauptfaktor für Armut, der viele Menschen zwingt, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzugehen. Kleinbauernkooperativen werden in vielen Ländern per se nicht als kreditwürdig angesehen, daher sind sie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt und gegenüber Großunternehmen strukturell benachteiligt. Mangels Investitionsmöglichkeiten und Rücklagen sind sie für Naturkatastrophen, veränderte Anbaubedingungen, z.B. durch den Klimawandel, oder reformierte Handelsregularien vielfach nicht ausreichend gewappnet.

TransFair fordert von der Bundesregierung und den Ministerien:

- Die Bundesregierung muss Instrumente entwickeln, um jegliche Gesetzes-/Regulierungs- und Subventionsentscheidungen auf ihre menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Folgen auch in Bezug auf Drittstaaten und ihre Kohärenz mit den Globalen Nachhaltigkeitszielen zu überprüfen und ggf. zurückzuweisen. Alle Entscheidungen müssen einen armutsreduzierenden Ansatz verfolgen.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) muss sich gemeinsam mit anderen Fachministerien innerhalb der Bundesregierung dafür einsetzen, dass Maßnahmen zur Förderung gerechter Handelsstrukturen sowie sozialer Sicherheit von Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen in Ländern des globalen Südens ausgebaut werden.

HUNGER BEKÄMPFEN DURCH EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT (SDG 2)

Kleinbäuer*innen erzeugen circa 70 Prozent der Nahrungsmittelproduktion aus Entwicklungsländern.⁴ Sie produzieren Lebensmittel unter immer schwierigeren Bedingungen, sind betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels, eingeschränktem Zugang zu Landflächen sowie der politischen Benachteiligung gegenüber Agrar-Großbetrieben ebenso wie in der aktuellen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Sie leiden außerdem unter extremen, oft spekulationsbedingten Preisschwankungen, die einer der Hauptgründe dafür sind, dass der konventionelle Handel ihnen keine nachhaltige Lebensgrundlage sichert. Dabei ist es überlebensnotwendig, dass Bäuer*innen mit einem stabilen Einkommen rechnen können, um in ihre Betriebe zu investieren und langfristige Lebensmittelsicherheit für ihre Familien und Dörfer zu erreichen. Die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) hat bereits im Weltagrарbericht 2008 wissenschaftlich belegt, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft die nachhaltigste Form der Landwirtschaft und der Hungerbekämpfung weltweit ist.

TransFair fordert:

- Die Entwicklungs-, (Land-)Wirtschafts- und Handelspolitik muss aktiv die kleinbäuerliche Landwirtschaft als nachhaltigste landwirtschaftliche Produktionsform in Ländern des Südens fördern und unterstützen.
- Abkehr von einem exportorientierten, industrialisierten Landwirtschaftsmodell, das wesentlich oder absichtlich zur Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern des Südens beiträgt.
- Entstehende Nachteile kleinbäuerlicher Produzenten infolge der Veränderung von Handelsregeln müssen kompensiert und Anpassungen ermöglicht werden.
- Zahlung existenzsichernder Löhne für alle Arbeiter*innen in landwirtschaftlichen Lieferketten.
- Ressourcen- und Lebensmittelverschwendung muss beendet werden, z.B. durch eine Ausrichtung der Mehrwertsteuer an Nachhaltigkeitskriterien.

AUSBAU VON BILDUNG UND WEITERBILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (SDG 4)

TransFair begrüßt die Ausrichtung des 2014 von der UNESCO verabschiedeten Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) (2015-2019) und schreibt diesem eine entscheidende Rolle bei der Erreichung des SDG 4, im Speziellen SDG 4.7,⁵ zu.

TransFair fordert:

- Eine dauerhafte und strukturelle Verankerung von BNE in allen schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen unter Einbezug der Zivilgesellschaft und entsprechende Förderprogramme von Bund und Ländern. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, Kompetenzen zu BNE zu erlangen und diese umzusetzen.
- Kommunen sollen dabei unterstützt werden, sich als hochwertige Bildungsstandorte in Bezug auf BNE zu positionieren und einen ganzheitlichen Ansatz von BNE umzusetzen.
- Verstärkte Unterstützung der Kampagnen Fairtrade-Schools und Fairtrade-Universities.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT (SDG 5)

Die Fairtrade-Standards beinhalten konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen und Mädchen, zum Abbau von Diskriminierung und sexueller Gewalt. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen jedoch auch die vielfältigen Hindernisse bei der Umsetzung vor Ort. Kein Recht auf Landbesitz oder den eigenständigen Abschluss von Verträgen, mangelnde Anerkennung der Kreditwürdigkeit, mangelnde Umsetzung und Schutz von Frauenrechten in nationalen Rechtssystemen sind Herausforderungen, die politisches Handeln notwendig machen.⁶

TransFair fordert:

- Die Bundesregierung und Ministerien müssen in Entwicklungs-, Handels- und Außenpolitik Frauenrechte und -teilhabe aktiv fördern, auf die Veränderung nachteiliger nationaler Gesetzgebungen hinwirken und eine praktische

⁴ <http://www.welthungerhilfe.de/kleinbauern.html>. Letzter Aufruf 17.01.2017.

⁵ Laut Unterziel 4.7 soll bis 2030 sichergestellt sein, „dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung“ (Protokoll der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 70. Tagung, Tagesordnungspunkte 15 und 116, vom 18. September 2015; <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>. Letzter Aufruf 17.01.2017).

⁶ Fairtrade International, Gender, <http://www.fairtrade.net/programmes/gender.html>. Letzter Aufruf 17.01.2017.

Umsetzung internationaler Abkommen, z.B. das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, CEDAW (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women*), vorantreiben.

- Folgenabschätzungen von neuen Handelsabkommen oder -regularien müssen die Auswirkungen auf die Situation von Frauen gezielt einbeziehen.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSBEDINGUNGEN (SDG 8)

Nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftswachstum, von dem breite Bevölkerungsschichten profitieren, lässt sich nur erreichen, wenn das Recht auf Arbeitsplatzsicherheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitskräfte weltweit erfüllt ist, wenn Menschen eine existenzsichernde Bezahlung für ihre Produkte und/oder einen existenzsichernden Lohn erhalten, mit dem sie nicht nur überleben, sondern sich entwickeln können, und wenn ausbeuterische Kinderarbeit und Zwangsarbeit abgeschafft werden.

TransFair fordert:

- Die Bundesregierung muss in der Wirtschaftspolitik einen Menschenrechtsansatz verpflichtend machen und gesetzlich verankern. Der am 21.12.2016 vom Bundeskabinett verabschiedete erste Nationale Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ muss dahingehend überarbeitet werden, weil er lediglich unverbindliche Vorschläge macht. Unternehmensverantwortung bleibt für deutsche Unternehmen weiterhin eine freiwillige Angelegenheit.
- Die EU und die Bundesregierung müssen verbindliche internationale Vorgaben zum Schutz von Mensch und Umwelt in globalen Lieferketten durchsetzen, insbesondere den Schutz von Kindern, Frauen und verletzlichen Gruppen wie Saison- und Wanderarbeiter*innen vor Ausbeutung.
- Wirtschaftsverbände müssen in eigenen verbindlichen Richtlinien und Vorgaben den Schutz von Menschenrechten und Umwelt deutlich stärken und bei Mitgliedern überprüfen.
- Entwicklungspolitik, der Finanzsektor und Unternehmen müssen den Zugang zu Vorfinanzierung, landwirtschaftlichen Krediten und relevanten Versicherungen für kleinbäuerliche Produzentenorganisationen (z.B. Ernteausfallversicherungen; Anpassung an den Klimawandel) in Ländern des Südens verbessern.
- Schutz von Kindern vor ausbeuterischer Kinderarbeit durch Umsetzung der entsprechenden ILO-Kernarbeitsnormen (ILO, International Labour Organization: Internationale Arbeitsorganisation der UN).

NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER (SDG 12)

Die wachstumsorientierte ökonomische Realität produziert Wohlstand und Wachstum v.a. im globalen Norden, allerdings oft durch die Zerstörung ökologischer und sozialer Lebensprozesse im globalen Süden. So sind z.B. die Kosten für Umweltschäden in der Landwirtschaft enorm hoch. Nachhaltigkeit in Konsum- und Produktionsmöglichkeiten muss alle Ebenen von Nachhaltigkeit, d.h. soziale, ökologische und ökonomische Kriterien umfassen und auf den allgemeinen Menschenrechten und anderen internationalen Menschenrechtskonventionen basieren.

TransFair fordert:

- Die EU und die Bundesregierung müssen die gezielte Förderung kleinbäuerlicher Produktionsformen sowie des ökologischen Landbaus und anderer umwelt- und klimafreundlicher Produktionsmodelle in Entwicklungsländern zum Erhalt der Arten- und Sortenvielfalt innerhalb einer nachhaltigen EU-Agrarpolitik unterstützen.
- Die EU und die Bundesregierung müssen die lokale bzw. standortgerechte Agrarproduktion in den Ländern des Südens fördern, anstatt sie durch subventionierte Exporte aus dem globalen Norden zu zerstören.

- Die EU und die Bundesregierung müssen eine verbindliche Berichtspflicht zur Nachhaltigkeit in Unternehmen einführen und eine klare Sorgfaltspflicht und Verantwortungsübernahme für Menschenrechte und Umwelt in globalen, regionalen und lokalen Lieferketten durch alle Akteure, inklusive der Zahlung von existenzsichernden Löhnen gesetzlich verankern. Die bloße Beteiligung an Multistakeholder-Initiativen darf kein Ersatz für konkrete Maßnahmen sein.
- Die EU und die Bundesregierung müssen ausgeglichene Machtverhältnisse in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten fördern.⁷
- Die EU und die Bundesregierung müssen Mechanismen schaffen, durch die die tatsächlichen ökologischen und sozialen Folgen der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion im Agrarbereich in Produzentenpreisen enthalten sind. So wird Sozial- und Umweltdumping verhindert.
- Die EU und die Bundesregierung müssen nachhaltige Steuersysteme, z.B. durch die Einführung einer ökologisch und sozial orientierten Mehrwertsteuer (geringere Zoll- und Steuersätze für nachhaltig zertifizierte Konsumgüter, geringere Unternehmenssteuer für nachhaltige Unternehmen), schaffen. Die Bundesregierung muss umweltschädliche Wirtschaftspraktiken höher besteuern.

TransFair fordert:

- Die Preise von Konsumgütern müssen die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten entlang der Lieferketten enthalten, d.h. die ökologischen und sozialen Kosten der Herstellung und der Lieferketten dürfen nicht weiter externalisiert, Sozial- und Umweltdumping muss eliminiert werden.
- Konsequente Anwendung des rechtlichen Rahmens zur Förderung der ökologisch nachhaltig und sozial fairen öffentlichen Beschaffung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene (bessere Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/24/EU und der Ländergesetze zur öffentlichen Beschaffung).
- Wahrnehmung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand für nachhaltigen Konsum.
- Schaffung und Wahrung eines soliden gesetzlichen Rahmens für die öko-faire Beschaffung, der auch im Kontext von Freihandelsabkommen Gültigkeit hat.
- Förderung von Kampagnen (wie Fairtrade-Towns, Fairtrade-Schools und Fairtrade-Universities) und Projekten, die über Aktivitäten in Städten, an Schulen und Universitäten die Mobilisierung für einen nachhaltigen Konsum stärken.

MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ (SDG 13)

Der Klimawandel ist zu einer maßgeblichen Bedrohung kleinbäuerlicher Lebens- und Anbauweisen sowie generell der landwirtschaftlichen Produktion in verletzlichen Weltregionen geworden. Zunehmende Starkwetterereignisse und veränderte klimatische Anbaubedingungen erfordern Anpassungsmaßnahmen und teilweise die vollständige Umstellung von Produkten oder Verlagerung der Produktion in andere Regionen, die von Kleinbauerngemeinschaften mit kleinen Plantagen alleine kaum zu leisten sind. Gleichzeitig zeigen Studien, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft eindeutig die nachhaltigste Form der Landwirtschaft mit dem geringsten eigenen Beitrag zum Klimawandel ist.

TransFair fordert:

- Ausgehend vom Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 müssen Industriestaaten und Unternehmen Anpassungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen in der landwirtschaftlichen Produktion an den Klimawandel finanzieren, dies gilt v.a. für die kleinbäuerliche Produktion in Entwicklungsländern.
- Klimarelevante Emissionen entlang von Lieferketten müssen verringert und kompensiert werden.
- Gezielte Förderung von biodiversitätsfördernden Praktiken und der nachhaltigsten landwirtschaftlichen Produktionsform – der kleinbäuerlichen Landwirtschaft – in den Ländern des globalen Südens, u.a. zum Schutz und der Stärkung der landwirtschaftlichen Sortenvielfalt.

⁷ Bureau d'Analyse Sociétal pour une Information Citoyen, BASIC: Wer hat die Macht? Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Lieferketten. Dt. Übersetzung der vollständigen Studie, herausgegeben von Forum Fairer Handel e.V., GEPA – The Fair Trade Company GmbH, MISEREOR e.V., TransFair e.V. und dem Weltladen-Dachverband e.V. 2015.

ALLGEMEINE AUSRICHTUNG AN NACHHALTIGKEITZIELEN, GEMEINSAMES HANDELN UND POLITIK-KOHÄRENZ (SDG 17)

TransFair begrüßt insbesondere die übergreifenden Forderungen in den Zielen 17.10: Die Förderung eines universellen, regel-basierten, offenen, nicht-diskriminierenden, gerechten multilateralen Handelssystems und 17.14: Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern.⁸ TransFair ist überzeugt: Die globalen Nachhaltigkeitsziele müssen zum zentralen Leitbild einer eng zusammenstehenden Europäischen Union werden und damit eine neue gemeinsame Vision für die Zukunft schaffen.

TransFair fordert:

- Erneuerung des Regelwerks der europäischen Wettbewerbspolitik zur Vermeidung unfairer Handelspraktiken.⁹
- Einführung strengerer Durchsetzungsmechanismen und Beendigung unlauterer Handelspraktiken innerhalb der EU und durch hier ansässige Unternehmen weltweit.
- Aktive Gestaltung von Politik im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den Mitgliedsstaaten.
- Keine Marktöffnungsforderungen zu Lasten der regionalen Wirtschaftsstrukturen, Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen in Ländern des globalen Südens.
- Handelsabkommen müssen sozial und ökologisch tragfähige Wirtschaftsmodelle fördern und die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards garantieren.
- Kohärenz von Wirtschafts-/Handels-/Agrar-, Umwelt- und Entwicklungspolitik im Sinne der globalen Entwicklungsziele.
- Regelmäßige unabhängige menschenrechtliche und ökologische Folgenabschätzungen jeglicher Gesetzes- und Regulierungsinitiativen sowie Subventionsentscheidungen, auch in Bezug auf Drittstaaten.

⁸ <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>. Letzter Aufruf 17.01.2017.

⁹ Bureau d'Analyse Sociétal pour une Information Citoyen, BASIC: Wer hat die Macht? Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Lieferketten. Dt. Übersetzung der vollständigen Studie, herausgegeben von Forum Fairer Handel e.V., GEPA – The Fair Trade Company GmbH, MISEREOR e.V., TransFair e.V. und dem Weltladen-Dachverband e.V. 2015.

Der Verein **TransFair e.V.** wurde 1992 mit dem Ziel gegründet, benachteiligte Produzentengruppen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Als unabhängige Organisation handelt TransFair e.V. nicht selbst mit Waren, sondern setzt sich dafür ein, den Handel mit fair gehandelten Produkten und Rohstoffen zu fördern und mehr Bewusstsein für nachhaltigen Konsum zu erreichen. www.fairtrade-deutschland.de

TransFair gehört zum internationalen Verbund **Fairtrade International e.V.**, in dem Fairtrade-Organisationen aus 25 Ländern und die drei kontinentalen Produzentennetzwerke zusammengeschlossen sind. Fairtrade International entwickelt die international gültigen Fairtrade-Standards. www.fairtrade.net

Alle beteiligten Akteure entlang der Lieferkette werden regelmäßig von **FLOCERT GmbH** kontrolliert. Die Gesellschaft arbeitet mit einem unabhängigen und weltweit konsistenten Zertifizierungssystem nach den Anforderungen der Akkreditierungsnorm ISO 17065 (DIN EN 45011). www.flocert.net

Rückfragen bitte an:

Claudia Brück | [Pressesprecherin](#)

Telefon +49 (0) 221-94 20 40-31 | c.brueck@fairtrade-deutschland.de

TransFair e.V. | Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt

Remigiusstr. 21 | 50937 Köln

Telefon +49 (0) 221-94 20 40-0 | **Fax** +49 (0) 221 – 94 20 40-40

info@fairtrade-deutschland.de | www.fairtrade-deutschland.de

Geschäftsführender Vorstand: Dieter Overath, Detlev Grimmelt, Claudia Brück - Vereinsregister Köln: VR 16551, USt-IDNr.: DE 154 070 082